

Neue militärische und politische Entwicklungen im Westsahara-Konflikt

Martin Pabst

Nr. 3/2021

Darum geht's

Ein „frozen conflict“ ist aufgetaut: Nach 29 Jahren Waffenstillstand finden an der Demarkationslinie zwischen dem marokkanisch besetzten Teil der Westsahara und dem von der Befreiungsbewegung Polisario-Front beherrschten Teil wieder bewaffnete Auseinandersetzungen statt.

Auslöser waren wochenlange Proteste saharauischer Zivilisten gegen die marokkanische Besetzung im entmilitarisierten Pufferstreifen in der Nähe des südlichen Orts Al-Gargarat. Dies war keine Verletzung des Waffenstillstands, da gemäß Militärabkommen Nr. 1 nur militärisches Personal im Pufferstreifen untersagt ist. Die Proteste riefen eine Blockade von Lastkraftwagen auf der aus Westafrika kommenden Straße hervor. Marokkanische Soldaten drangen am 13. November in den

Abb. 1: MINURSO im geteilten Gebiet der Westsahara. Quelle: ÖMZ



Pufferstreifen ein, um die Demonstranten gewaltsam zu entfernen. Bei der Evakuierung der Zivilisten durch Kräfte der Polisario-Front kam es zum ersten Schusswechsel seit 1991. Einen Tag später erklärte die Polisario-Front wieder den Kriegszustand.

Bis zum 17. November dehnte Marokko seinen Sandwall bei Al-Gargarat in dem Pufferstreifen zur hier nahegelegenen Grenze mit Mauretanien aus und verlegte Minen. Der Polisario-

Generalsekretär und Präsident der von einigen Dutzend Staaten anerkannten „Demokratisch-Arabischen Sahara-Republik“ (DARS) Brahim Ghali protestierte bei der UNO gegen „Marokkos Akt der Aggression auf saharaischem Territorium“. Seither finden entlang des ganzen marokkanischen Verteidigungswalls kleinere Gefechte statt, teilweise mittels Artillerie.

Der Westsahara-Konflikt rückte erneut in den Fokus, als US-Präsident Donald S. Trump am 11. Dezember verkündete, dass die USA die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkennen und ein Konsulat in Dakhla eröffnen werden. Marokkos ernsthaftes, glaubwürdiges und realistisches Autonomieangebot sei die einzige Grundlage für eine gerechte und dauerhafte Lösung. Die Polisario-Front erwähnte er mit keinem Wort, ebenso wenig die 1991 von beiden Konfliktparteien vereinbarte Volksabstimmung.

Mit den USA hat erstmals ein westliches Land und sogar ein ständiges Sicherheitsratsmitglied die marokkanische Position übernommen. Es war ein Kompensationsgeschäft: Im Gegenzug erkannte Marokko den Staat Israel an und kündigte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an.

Wie geht es weiter – wird der Konflikt eskalieren oder kommt nun politische Bewegung in den Konflikt, die zu einer Lösung führen könnte?

Die Faktenlage

Es handelt sich um einen ungelösten Dekolonisationskonflikt. Seit den 1960er Jahren forderte die UNO-Generalversammlung Spanien auf, die Einwohner seiner Sahara-Kolonie über ihre politische Zukunft zu befragen. Im Jahr 1973 nahm die Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Polisario-Front) den bewaffneten Kampf auf.

Im Jahr 1974 lenkte Spanien ein und führte eine Volkszählung durch. Doch meldeten auch Marokko und Mauretanien territoriale Ansprüche an. Marokko sieht das Gebiet als historischen Bestandteil des Königreiches an. Mauretanien berief sich auf kulturelle und ethnische Bande.

Marokko und Mauretanien betrieben die Einschaltung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag. Doch kam dieser am 16. Oktober 1975 in einem Rechtsgutachten zu dem Ergebnis, dass das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung vorrangig sei. Beide Länder hätten „keine territoriale Souveränität“ über die Westsahara ausgeübt.

Nach diesem Rückschlag lancierte Marokko einen Überraschungscoup: 350.000 unbewaffnete Demonstranten unternahmen einen „Grünen Marsch“ einige Kilometer über die Grenze. Spanien gab schnell nach und einigte sich am 14. November 1975 im „Madriider Abkommen“ mit Marokko und Mauretanien. Bis Ende Februar 1976 wurde Marokko der nördliche, Mauretanien der südlichen Teil der Westsahara überlassen. Im Gegenzug erhielt Spanien befristet Fischereirechte und eine Beteiligung an der Phosphatförderung zugestanden. Die Bewohner wurden nicht einbezogen.

Die Polisario-Front proklamierte am 27. Februar 1976 die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Mit kühnen Vorstößen bis in die Hauptstadt Nouakchott demoralisierten die Polisario-Kämpfer den schwächeren Gegner Mauretanien, der 1979 auf alle Ansprüche verzichtete. Daraufhin besetzte Marokko auch die südliche Westsahara. Nun führten Marokko und die Polisario-Front im gesamten Territorium Krieg.

Zehntausende Saharais flüchteten 1975/76 ins Nachbarland Algerien, wo gemäß UNHCR 173.600 Menschen (2017) in fünf Flüchtlingslagern wohnen. Algerien gestattet es der Polisario-Front, die Lager unweit der Stadt Tindouf in Eigenregie zu verwalten.

Im Jahr 1979 wurde die Polisario-Front als Repräsentantin des saharaischen Volkes von der UNO-Generalversammlung anerkannt. Nach Auffassung der UNO handelt es sich um einen offenen Dekolonisationsfall. Denn gemäß Resolution 1514 (XV) der UNO-Generalversammlung vom 14.12.1960 ist bei kolonialen Territorien das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung zwingend anzuwenden.

Im Kalten Krieg zählte freilich die Realpolitik. Frankreich, die USA und Südafrika unterstützten militärisch das prowestliche

Marokko, Algerien und Libyen die damals sozialistisch ausgerichtete Polisario-Front.

Da Marokko die Polisario-Front trotz militärischer Überlegenheit nicht besiegen konnte, errichtete es von 1980-87 einen ca. 2.500 km langer Sand- und Steinwall, versehen mit Wachtürmen, Bunkern, Radaranlagen und Landminen. Nach seiner Fertigstellung hatten die Polisario-Kämpfer keine militärische Siegchance mehr. Seither ist das 252.120 km² große Gebiet faktisch zweigeteilt. Drei Viertel im Westen werden von Marokko verwaltet, hier sind mindestens 100.000 marokkanische Soldaten stationiert. Das östliche, gering besiedelte Viertel kontrollieren die viel kleineren Streitkräfte der Polisario-Front.

Das militärische Patt und das Ende des Kalten Kriegs erleichterten 1991 einen Waffenstillstand. Beide Konfliktparteien akzeptierten einen Friedensplan der Organisation Afrikanischer Einheit und der UNO. Der Sicherheitsrat entsandte die nach Kapitel VI der UN-Charta mandatierte Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental (MINURSO). Ihre Aufgaben sind die Überwachung des Waffenstillstandes sowie die Vorbereitung und Durchführung eines Referendums mit den Optionen Zugehörigkeit zu Marokko und Unabhängigkeit.

Das Referendum wurde immer wieder verzögert, da Marokko beständig die Zahl der Stimmberechtigten zu erhöhen suchte. Im Juli 1999 veröffentlichte die MINURSO eine provisorische Liste mit 84.251 Namen. Doch beharrte Marokko auf Einschluss weiterer rund 50.000 Bewerber. Sie gehörten ethnischen Gruppen an, deren Zugehörigkeit zur Westsahara fraglich war. Nur 2.135 von ihnen wurden anerkannt. Nun präsentierte Rabat 131.038 Einsprüche. Die Organisation des Referendums wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit suspendiert.

Danach scheiterten zwei Friedenspläne des Persönlichen Gesandten des VN-Generalsekretärs James Baker. Sie waren z.B. in der Frage der Stimmberechtigten Marokko entgegengekommen. Trotz des ihrer Ansicht nach verwässerten Selbstbestimmungsrechts nahm die Polisario-Front 2003 den vom Sicherheitsrat unterstützten Baker-Plan II an, doch lehnte ihn Marokko ab. Im Jahr 2007

präsentierte das Königreich dem Sicherheitsrat eine alternative Lösung: weitreichende Autonomie. Ein Referendum lehnt Marokko seither kategorisch ab, während die Polisario-Front an einer Abstimmung mit der Option der Unabhängigkeit festhält.

Marokko stützt sich auf eine enge Allianz mit Paris, das im VN-Sicherheitsrat Marokko-kritische Resolutionen verhindert. Auch Saudi-Arabien und viele arabischen Staaten sind Marokko-freundlich. Rabat spielt daher auf Zeit und sucht den Konflikt auszusitzen.

Wichtigste Unterstützer der Polisario-Front sind Algerien, Südafrika, lateinamerikanische Staaten sowie bürgerschaftliche Unterstützerguppen. Insbesondere in Spanien erachten viele Bürger das klandestine, nicht im Staatsbulletin veröffentlichte „Madrider Abkommen“ als beschämenden Verrat an ihrer Kolonialbevölkerung.

In den letzten Jahren ist es im marokkanisch verwalteten Gebiet immer wieder zu Demonstrationen jugendlicher Saharais gekommen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch haben angeprangert, dass Proteste brutal aufgelöst, Häftlinge mit Gewalt zu Aussagen gebracht werden und Prozesse nicht internationalen Standards genügen. Anders als bei fast allen friedensunterstützenden UNO-Missionen ist im Mandat der MINURSO nicht die Beobachtung der Menschenrechtslage enthalten. Marokko sperrt sich mit Unterstützung Frankreichs gegen eine Mandatserweiterung.

Die Polisario-Front sucht vor internationalen Gerichten den marokkanischen Anspruch zu konterkarieren. So stellten die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) 2016 und 2018 in zwei Urteilen zum Freihandelsabkommen und zum Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko fest, dass das Gebiet der Westsahara nicht zum Gebiet des Königreichs Marokko gehöre, woraus gefolgert wurde, dass Abkommen auf die Westsahara keine Anwendung finden dürfen.

Von besonderer Relevanz ist:

- Die in der Afrikanischen Union als Mitglied vertretene DARS hat in den letzten Jahren an internationaler Unterstützung verloren.

Die Waffen der Polisario-Armee sind veraltet. An einem eskalierenden Krieg ist die Schutzmacht Algerien nicht interessiert. Doch gewährt Algerien der Polisario-Front weiterhin Unterstützung, auch weil es den Rivalen Marokko mit dem Westsahara-Konflikt unter Druck setzen kann.

- Marokko ist wirtschaftlich eng mit Frankreich und Spanien verknüpft und wird daher tendenziell von den Regierungen beider Staaten unterstützt. Auch kann es die Flüchtlingsfrage als Hebel gegen diese Staaten nutzen.
- Wirtschaftliche Anreize haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich neben arabischen zunehmend auch afrikanische Staaten auf die marokkanische Seite schlagen. Beginnend 2019 mit den Komoren, ist die Zahl der Konsulate in der marokkanisch kontrollierten Westsahara bis Ende 2020 auf 18 gestiegen.
- Die Besatzungsmacht Marokko versucht, die Rahmenbedingungen des Westsahara-Konflikts durch eine dem Völkerrecht entgegenstehende Besiedlung zu verändern. So dürften in dem marokkanisch kontrollierten Teil inzwischen mehr Siedler aus Marokko als Saharais leben.
- Freilich steht das Völkerrecht dem marokkanischen Souveränitätsanspruch entgegen, und das Königreich kann sich des politischen Mühlsteins Westsahara nicht entledigen. Die Besatzung verschlingt hohe Summen, ihre Kosten sind höher als die Einnahmen aus Phosphatexporten und Fischfang. Exporte werden zudem durch die völkerrechtliche Problematik behindert.
- Die Eskalation an der Demarkationslinie war auch der Ungeduld junger Saharais in den Flüchtlingslagern und im besetzten Gebiet geschuldet. Marokko verhindert das vereinbarte Selbstbestimmungsreferendum, die UNO verwaltet den Konflikt eher, als dass sie ihn einer Lösung zuführt, und seit dem Rücktritt von Dr. Horst Köhler im Mai 2019 konnte man sich nicht einmal mehr auf einen neuen UNO-Sondergesandten einigen. Um die Unterstützung ihrer Anhänger zu behalten, provozierte die Polisario-Front Marokko mit einer

Verkehrsblockade und reagierte auf die marokkanische Militäroperation im Pufferstreifen mit der Rückkehr zum Kriegszustand.

So sehen wir das:

- Auch wenn die Polisario-Kräfte überlegene Ortskenntnis besitzen und hoch motiviert sind, sind sie der marokkanischen Armee klar unterlegen. Wird die Polisario-Front zu anderen Kampfmitteln greifen? Von Terrorismus hat sie sich stets eindeutig und glaubwürdig distanziert. Damit würde sie ihre Legitimität als Befreiungsbewegung gefährden. Noch stehen die ungeduldigen jugendlichen Saharais hinter der Polisario-Front.
- Trumps Anerkennung der marokkanischen Souveränität über die Westsahara stieß sowohl bei Demokraten wie auch bei manchen Republikanern auf Kritik. Für den neuen Präsidenten Joe Biden wird es wegen der Verknüpfung mit der marokkanischen Anerkennung Israels aber schwer sein, diese Entscheidung rückgängig zu machen.
- Dass EU-Staaten dem Beispiel folgen werden, ist unwahrscheinlich. Die völkerrechtliche Lage ist zu eindeutig, man scheut die Präzedenzwirkung einer Negierung. Auch stehen insbesondere die skandinavischen Staaten hinter dem Selbstbestimmungsrecht.
- Im marokkanischen Angebot einer weitreichenden Autonomie sehen viele Beobachter eine realistische Kompromisslösung. Doch sind zentrale Fragen ungeklärt, wie z.B. die Verteilung der wirtschaftlichen Einkünfte. Auch ist fraglich, ob Marokko die weitreichende Autonomie noch ernsthaft anbietet. Denn sie würde die Anerkennung der im Königreich verbotenen Polisario-Front als Partei und mögliche Regierung implizieren.
- Vielleicht stoßen die jüngsten Entwicklungen neue Bemühungen zur Konfliktbeilegung an. Für eine erfolgreiche Lösung wären ein hochkarätiger, engagierter und vom Sicherheitsrat unterstützter Vermittler sowie politischer Druck auf die stärkere Konfliktpartei notwendig.